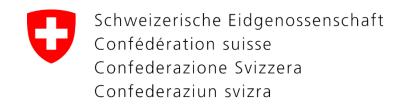


Schweizer KI-Ansatz Innovation, Grundrechte und Vertrauen in Einklang bringen

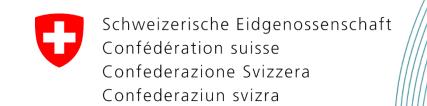
03.06.2025

Andrin Eichin
Bundesamt für Kommunikation (BAKOM)



Agenda

- 1. Auslegeordnung und Bundesratsbeschluss vom 12.02.2025
 - Zentrale Elemente und zugrundeliegende Analysen
 - Was bedeutet die Entscheidung konkret?
- 2. Geplante nächste Schritte
 - Rechtlich verbindliche Massnahmen
 - Rechtlich nicht-verbindliche Massnahmen
- 3. Relevante internationale Entwicklungen
- 4. Fragen und Antworten



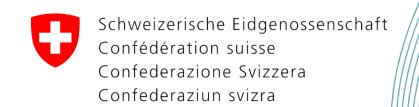
BR-Auftrag vom 22. November 2023

- Erarbeitung einer ergebnisoffenen Auslegeordnung mit möglichen Regulierungsansätzen für KI
- Öffentlicher Bericht an den Bundesrat bis Ende 2024

Ziel des Berichts:

- Dem Bundesrat eine sachliche Grundlage für seine Entscheidungsfindung zur Verfügung zu stellen, damit der BR:
 - entscheiden kann, ob zum jetzigen Zeitpunkt bestimmte Regulierungsschritte vorangebracht werden sollen;
 - 2) gegebenenfalls einen konkreten Auftrag für die nächsten Schritte erteilen kann

Organisation der Arbeiten



Bundesamt für Kommunikation BAKOM Office fédéral de la communication OFCOM Ufficio federale delle comunicazioni UFCOM Uffizi federal da communicazion UFCOM



Steuerungsausschuss (BAKOM, EDA DV & AE, BJ)



Stakeholders (Wirtschaft, Wissenschaft, Zivilgesellschaft)



Sekretariat (BAKOM)



Fachgruppen (BAKOM, EDA, BJ)



Plateforme Tripartite



Rechtliche Basisanalyse (BJ)



Länderanalyse (BAKOM)



Sektorielle Analyse (BAKOM)

Rechtliche Basisanalyse

Ziel: Identifikation von möglichen Lücken im Schweizer Rechtsrahmen in Bezug auf Kl

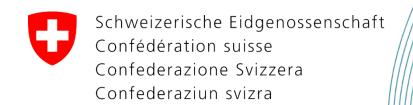
Schlussfolgerungen

- Das geltende Recht erfasst die Herausforderungen der KI bereits weitgehend
- Um die KI-Konvention des Europarats ratifizieren zu können, sind gewisse rechtliche Änderungen erforderlich (aber mit "Spielraum"):
 - Transparenz
 - Datenschutz
 - Nichtdiskriminierung
 - Risikobewertung
 - Aufsicht
- Um der KI-Verordnung der EU zu entsprechen wären grössere und erhebliche rechtliche Änderungen erforderlich, insb. bezüglich Produktesicherheit
 - Aber: Zusammenhang mit bestehendem Abkommen MRA CH-EU
- Punktuelle Herausforderungen in weiteren ausgewählten Rechtsgebieten (bspw. Geistiges Eigentum, Arbeitsrecht, Strafrecht)

Sektorielle Analyse

Ziel: Identifikation bestehender oder geplanter Änderungen der sektoralen Gesetzgebung

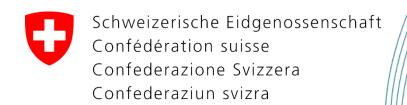
- In tech-nahen Sektoren wurden teilweise bereits Änderungen vorgenommen (z. B. Regulierungsrahmen für automatisierte, fahrerlose Autos) oder es laufen vertiefte Abklärungen (z. B. im Finanz- und Energiesektor)
- Das neue Datenschutzgesetz enthält KI-relevante Normen (z. B. in Bezug auf die Profilerstellung [Art. 6] oder die automatisierte Entscheidungsfindung [Art. 21]) – aber Unklarheit, wann und wie dies in Bezug auf KI gilt
- Viele Sektoren teilen ähnliche Fragen und Herausforderungen, aber je nach Anwendungsfall gibt es unterschiedliche Anforderungen an Transparenz, Rückverfolgbarkeit und Sicherheit
- Unterschiedliche Ansätze zur Förderung von Innovationen (z. B. über regulatorische Sandkästen im Energie- oder Mobilitätsbereich und über Prioritäten in der Hochschulpolitik wie im Gesundheitswesen)



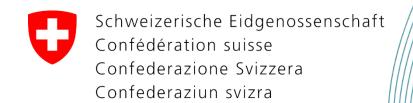
Ziel: Analyse der KI-Regulierungsansätze in 21 Ländern auf allen Kontinenten

Fazit:

- Sehr heterogene Regulierungslandschaft
- Nur wenige Länder (mit Ausnahme der EU-Mitgliedstaaten) haben rechtsverbindliche und KI-spezifische Regulierungsinstrumente eingeführt
- Keine klare Tendenz bei der Breite der Regulierung: Einige Länder verfolgen einen sektoralen Regulierungsansatz, andere bevorzugen einen horizontalen Ansatz
- Risikobasierte Ansätze mit unterschiedlichen Anforderungen (wie sie durch die KI-Verordnung eingeführt wurden) sind beliebt und werden von vielen Ländern übernommen
- Der Handlungsbedarf hinsichtlich der Regulierung von KI wird allgemein anerkannt.





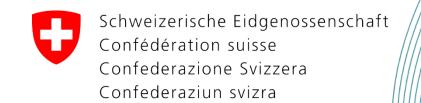


Entscheid des Bundesrates vom 12. Februar 2025:

- Drei **Regulierungsziele** im Bereich KI:
 - ✓ Stärkung des Innovationsstandorts Schweiz
 - ✓ Wahrung des Grundrechtsschutzes
 - ✓ Stärkung des Vertrauens der Bevölkerung in KI
- Der Bundesrat will die KI-Konvention des Europarates ratifzieren
- Um die KI-Konvention in der Schweiz umzusetzen sollen rechtlich verbindliche und rechtlich nicht-verbindliche Massnahmen ergriffen werden

Unterschrift der KI-Konvention

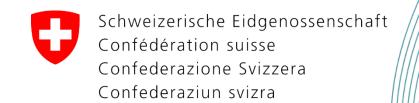




Rechtlich verbindliche Massnahmen

- BJ (in Zusammenarbeit mit EDA und BAKOM) erarbeitet eine Vernehmlassungsvorlage zur Umsetzung der KI-Konvention (Minimalvariante) bis Ende 2026
 - Geltungsbereich: Schwerpunkt öffentlicher Sektor, privater Sektor nur wo direkte oder indirekte horizontale Wirkung der Grundrechte
 - Stärkung der gesetzlichen Massnahmen zum Schutz von Grundrechten und Rechtsstaatlichkeit beim Einsatz von KI-Systemen
 - Transparenz, Datenschutz, Nicht-Diskriminierung und Aufsicht als weitere Eckwerte
 - Sektorielle Regulierung wird ebenfalls fortgesetzt

Nächste Schritte: Einsetzung fachliche Begleitgruppe, Erarbeitung Normkonzept (aktuell laufend), RFA und DFA



Rechtlich nicht-verbindlichen Massnahmen

- Bis Ende 2026 entwickelt das BAKOM (zusammen mit dem BJ und dem EDA) rechtlich nicht-verbindliche Massnahmen, um die Umsetzung der KI-Konvention und ihrer Ziele zu unterstützen.
- Dies könnte Folgendes umfassen:
 - Entwicklung von selbstregulierenden Verhaltenskodizes oder anderen sektoriellen Lösungen
 - Prüfung von Massnahmen im Hinblick auf die Datenpolitik
 - Stärkung der Schweizer Präsenz im Standard-Setting

Nächste Schritte: Outreach mit interessierten Zielgruppen, Sichten und Analysieren existierender Selbstverpflichtungserklärungen, Erarbeitung von möglichemn Massnahmenkatalog

Internationale Aktivitäten

KI Gipfel (Al Summit Series)

- Vergangene Gipfel: Bletchley 2023, Seoul 2024, Paris 2025
- Nächster Gifpel in Indien 2025/26 (tbc)
- Möglicher Gipfel in Genf 2027
 - Aussprachepapier f
 ür den Bundesrat in K
 ürze geplant

Europarat

- Entwicklung einer Methodologie für Risiko- und Impact-Assessments (HUDERIA)
- Verschiedene weitere Arbeiten, bspw. für Guidelines zu den Auswirkungen von generativer KI auf die Meinungsäusserungsfreiheit (MSI-AI Expertenkomittee)

Europäische Union

- Beobachtung der Um- und Durchsetzung des Al Act
- Allfällige Auswirkungen auf CH-EU MRA



Vielen Dank